Empfehlung

Die Flüchtlingssituation in der Großregion

Der Interregionale Parlamentarierrat, zusammengetreten in seiner Plenarsitzung am 17. Juni 2016 in Eupen,

berücksichtigt, dass es weltweit 60 Millionen Flüchtlinge gibt, von denen 90 % in Entwicklungsländern leben,

berücksichtigt, dass im Jahr 2015 eine Million Flüchtlinge im Wesentlichen aus Syrien und dem Irak, aber auch aus Afghanistan, Eritrea und Somalia nach Europa kamen und dass knapp die Hälfte von ihnen in Deutschland Aufnahme fanden,

berücksichtigt die Existenz mehrerer geopolitischer Krisen, den Anstieg innereuropäischer Migrationsbewegungen und Bewegungen im Zusammenhang mit Familienzusammenführungen,

berücksichtigt, dass Europa sich schwertut mit der Suche nach effektiven und solidarischen Lösungen für die Migrationskrise und dass Überlegungen im Hinblick auf eine Reform des öffentlichen Handelns, das die Grundrechte wahrt, notwendig sind,

berücksichtigt die Notwendigkeit einer stärkeren Kohärenz der europäischen Politik, aber auch der Politik der unterschiedlichen Länder sowie die erforderliche finanzielle Unterstützung der lokalen Kräfte, die ganz konkret von der Aufnahme betroffen sind,

berücksichtigt, dass alle Teilregionen des IPR vom starken Flüchtlingszustrom betroffen sind und diese sich anpassen und die notwendigen Maßnahmen in sehr kurzer Zeit treffen mussten, um dieser Situation gerecht zu werden,

berücksichtigt die bereits umgesetzten Initiativen in der Großregion, um diese nie dagewesene Flüchtlingssituation in Europa zu bewältigen,

berücksichtigt die Arbeiten der Kommission 6 des IPR, die 2015 mehrere Aufnahmezentren und Asylbewerberheime in der Großregion besucht hat,

berücksichtigt die Beiträge von internationalen Experten und Experten aus der Großregion sowie den Best-Practice-Austausch, der beim Forum zur

Flüchtlingssituation, das der IPR am 15. April in Namur veranstaltet hat, stattgefunden hat.

berücksichtigt, dass die Migranten mit zahlreichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Personenrecht zu kämpfen haben,

berücksichtigt die Informations- und Wahrheitspflicht rund um die Flüchtlingssituation, um Zurückweisungen und gar Ausländerfeindlichkeit vorzubeugen,

berücksichtigt, dass bürgerschaftliches Engagement stärker anerkannt und gefördert werden muss,

berücksichtigt, dass in wirtschaftlicher Hinsicht die Sorgen im Zusammenhang mit Flüchtlingsströmen weniger gerechtfertigt sind als oft behauptet wird und das der Effekt auf den Arbeitsmarkt beherrschbar erscheint, v.a. wenn man den Kompetenzen der Flüchtlinge größere Aufmerksamkeit schenkt,

berücksichtigt, dass die Migration auch eine Chance darstellt und dass beispielsweise die öffentlichen Ausgaben zur Unterstützung der Flüchtlinge das BIP in Europa um bis zu 0,2 % steigern könnte.

Er empfiehlt daher auf Vorschlag der Präsidentschaft des IPR nach dem Forum zur Flüchtlingssituation, das am 15. April 2016 stattgefunden hat,

1. Den Transit- und Erstasylländern eine bessere Unterstützung zu gewähren,
2. Die Sicherheit der Menschen zu verbessern,
3. Die Aufnahmekapazitäten ständig anzupassen, indem lokale Strukturen, die am besten geeignet sind, die Arbeit vor Ort zu leisten, bevorzugt werden,
4. Die Gesundheitsversorgung ebenso wie die psychosoziale oder gar psychiatrische Versorgung zu verbessern,
5. Auf den Schulbesuch der Kinder zu achten durch das Angebot von Intensivsprachkursen zum Erlernen der Sprache des Aufnahmelandes, sei es innerhalb des Regelunterrichts oder durch Schaffung sogenannter Willkommensklassen,
6. Unterschiedliche Integrationswege unter Berücksichtigung bewährter Organisationsmodelle weiter zu entwickeln und darüber nachzudenken, die Teilnahme daran obligatorisch zu machen,
7. Freiwilligenarbeit, die eine wichtige Rolle auf lokaler Ebene spielt, zu fördern,
8. Den Dialog zwischen den verschiedenen betroffenen Stellen fortzusetzen, damit die politischen Maßnahmen effizient sind,
9. Dass jeder seiner Verantwortung gegenüber der vielschichtigen Krise der Solidarität, der Koordination, der Sicherheit und vielleicht sogar der Institutionen noch besser und stärker gerecht wird,
10. Die Abstimmung und die Zusammenarbeit zu verstärken, da es sich um eine europäische Herausforderung handelt, v.a. weil Europa von Konfliktgebieten umgeben ist und Hauptschauplatz dieser Krise ist, aber auch um eine internationale Herausforderung,
11. Eine effizientere Kombination der öffentlichen Instrumente und des bürgerschaftlichen Einsatzes sicherzustellen.

Diese Empfehlung richtet sich an:
- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Fédération Wallonie-Bruxelles,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Wallonie,
- die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz,
- die Regierung des Saarlandes,
- den Regionalrat Grand Est,
- den Präfekten der Region Grand Est,
- die Europäische Kommission.

Eupen, den 17. Juni 2016